



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 15

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Anzeigen und Expedition: Hamburg 25,
Lüben-Groß-Str. 1. Fernr. 5, 8244.

Hamburg, den 11. April 1914

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzufenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

28. Jahrg.

Osterwunder

Das ist der Geist des Winters: kalt und hart
Und listlos sei das Land! Was sich bewegt,
Er drückt es nieder mit der rauhen Hand,
Was eine tiefe Kraft emporgehegt.
Mit weißen Flocken deckt er gelbes Land
Und fesselt hart der Ströme rasche Fluten,
Er ruft am Tag die Nacht und löst das Licht
In grauen Nebeln mitleidlos verbühen.

Still sei die Erde, atemstill und tot
Und unbelebt vom heißen Drang der Kräfte!
Indessen so der Sieger Winter droht,
Quillt schon empor das Heer der Frühlingsäfte.
Halt es ihm je, daß er den Sturm entfacht
Und Knospen brach mit seiner Faust, der rauhen?
Die junge Kraft, sie war und blieb am Bauen
Und frische Triebe sproßten über Nacht.

Und in die trüben Tage warf das Licht
Hell und erwärmend seine Strahlengarben,
Und wo du hinschaust, schmückt sich alles Land
Mit hellem Grün und frohen Wunderfarben.
Der Sieger einst, er wandte sich zur Flucht,
In weiche Erde dringt nun Pflug und Spaten,
Die Wasser stürzen rauschend aus der Schlucht
Und tränken Blüte, Knospe, Keim und Saaten.

O größtes Osterwunder! Jahr für Jahr,
Zeigst du uns so ein Bild des eig'nen Strebens:
Es drückt der Segner kaltgesinnte Schar
Nach auf die besten Kräfte unsers Lebens.
Zurück so löst ihr starres Herrscherwort,
Zurück / und bleibt geduldig in der Kiste!
Uns aber ist, als ob der Frühling tief
Zum frohen Bauen fort und immerfort.

Was in den Herzen quillt mit heißer Macht,
Was in den Sinnen lebt mit starken Trieben,
Was jeder Tag befehlt: Erkennt und schafft!
Von keiner Macht wird's, keinem Haß zerrieben.
Und wirkt's im stillen einmal eine Zeit,
So ruht's doch nicht und wird uns niemals sterben.
Es kommt der Tag, dann steht es kampfbereit
In Frühlingskraft, um Licht und Brot zu werben! e. p.

Das fest des Erwachens.

Des Erwachens? ... Schlummern wir denn?
Schlafen und träumen wir? Geht es uns wie jenen
Tieren, die sich zu Winterbeginn in der Erde oder irgend-
einem Schlupfwinkel verkrühen, die Augen schließen und
die kalte Zeit verschlafen?

Unsere Altvordern in den germanischen Wäldern
sahen noch ein gutes Teil der Winterzeit im Schlummer
und Halbchlummer auf ihren Bärenhäuten verbracht
haben, aber diese harmlos-glückliche Zeit liegt nun ein
eiskaltes Stück hinter uns, und wenn man überhaupt
noch einen gewissen Ueberrest jener dämmerhaften Ruhe
finden will, muß man aufs Land gehen, wo die Tätig-
keit großenteils an die kurzen Stunden winterlichen
Lageslichts gebunden ist.

Für alle, die in Industrie und Handel wirken —
und das ist der übergroße Teil des Volkes — gibt es
keinen „Winterschlaf“. Und wenn Banarbeiter und
andere Berufe, die mehr oder weniger von Wetter und
Lageslicht abhängig sind, ihre Tätigkeit im Winter ein-
schränken oder ganz aufgeben müssen, dann bedeutet diese
Veränderung alles andere als einen Uebergang zu be-
sonnlicher Ruhe; er bedeutet leider fast immer das
Gegenteil: den Beginn einer anstrengenden, nervösen
Lebe, die Jagd nach Brot, Unterhalt, Kleidung und
Wärme.

Wer will die Tragödien zählen, die diese Jagd in
jedem Winter und ganz besonders im letzten Winter
der Krise gezeitigt hat? Ach, man brauchte nur in die
Lagesstellungen zu gehen und fand dann oft eine kleine,
unheimliche Klotz im lokalen Teile von drei, vier, fünf
Jahren bei der sich der Durchschnittsteiler nicht lange
hält, hinter der der Aufmerksame aber oft und oft
ein Drama von erschütternder Tragik aufsteigen sah.

Und so grünte und immer wieder die blöde Er-
barmlichkeit einer Gesellschaftsorganisation an, die Leben
und Kraft in Hunger, Frost und Verwundung jagende

gehen läßt, trotzdem alle Speicher gefüllt und Tausende
von Lagern mit warmen Kleidungsstücken vollgepfropft
sind. Und wenn sie es nicht wären — da sind un-
zählige Hände, die schaffen wollen, gern arbeiten
möchten, wenn man ihnen nur Gelegenheit gäbe; aber
unsere sogenannte menschliche Gesellschaft, die besser die
unmenschliche heißen sollte, bedrückt ihnen lieber ein
Rüchmesser zum Deffnen der Pulsadern, einen Re-
volver oder den Strid in die Hand.

Warum kann es kein Werkzeug sein?
Warum können sie, die Äpfe, Wärmeballen, Land-
straßen und nächstherweise alle möglichen Schlupf-
winkel füllen, warum dürfen sie nicht schaffen und
bauen, sich fatten, sich wärmen und in einer an-
ständigen Wohnung schlafen?

Weil die Organisation der kapitalistischen Gesellschaft
eben zu dumm und zweckwidrig ist, als daß sie die
feiernden Hände richtig einordnen könnte.

Sie ist dumm und zweckwidrig sowohl vom organi-
sationstechnischen Standpunkte aus wie im Lichte einer
humanen Weltanschauung und einer vernünftigen Volkswirtschaft.

Was heißt denn Organisation?

Die zweckmäßige Zusammenfassung gewisser Kräfte,
nicht wahr? Was für einen Zweck eine Organisation
auch habe, möge sie auf politische, wirtschaftliche, ge-
schäftliche oder andere Ziele hinstreben: sie ist dumm
und zweckwidrig, wenn sie die in ihr gebundenen Kräfte
dem Zwecke nicht dienlich zu machen weiß. Staat und
Gesellschaft aber sind die Organisation mit den höchsten
und allgemeinsten Zielen; denn sie umfassen die Ge-
samtheit und sie können vernünftigerweise keinen andern
Zweck haben, als das Wohl dieser Gesamtheit zu
fördern. Sie überlassen u. a. aber einen großen Teil
ihrer Angehörigen nicht nur sich selber, sondern sie
treiben eine ganze Anzahl von Kräften zur Selbst-
vernichtung.

Ist das dumm oder nicht?

Ganz gewiß: ja. Nur eben nicht vom engen kapital-
istischen Standpunkte aus. Denn das Kapital, das
unsere Gesellschaft beherrscht, hat ein Interesse an der
industriellen Reservearmee, hat sogar ein besonderes
Interesse an moralisch gebrochenen Kräften, die, nieder-
geschmettert von ihren üblen Existenzverhältnissen, um
jeden Preis unterkriechen — auch da, und erst recht da,
wo die fester gebauten Kameraden und Kollegen im
Kampfe mit jenem Kapital stehen.

Es sind nicht die schlechtesten unserer Brüder, die zu
Rüchmesser, Strid oder Revolver greifen. Man darf
sie gar nicht in einem Atem nennen mit jenem gelben
Streitbrechergesindel, dem jedes Gefühl für Arbeiterehre
abhanden gekommen ist und das eben deshalb neuerdings
planmäßig herangezüchtet wird, um der aufstrebenden
Kraft der ehrlichen und moralisch ungeborenen Volkse-
lemente Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Unsere ach so moralische Gesellschaft haßt nichts so
sehr wie das Streben der Arbeiter nach einer ver-
nünftigen, menschenwürdigen Existenz, und jeder Zucht-
händler ist ihr als Bundesgenosse willkommen, wenn es
gilt, die freien Stirnen aufgeklärter Arbeiter in den
Staub zu drücken. Ihr Verständnis für die solidare
Ehre der Schaffenden ist genau so groß wie ihr Sinn
für eine nach vernünftigen Grundätzen geregelte Pro-
duktion und Konsumtion. Und wenn der Winter noch
jehmal mehr Opfer verschlingt; es kümmert sie nicht;
denn sie ist gefühl- und gedankenlos.

Da ist man denn doch versucht, die Frage anzujau-
werfen, ob es nicht für viele bedeutend besser wäre,
wenn sie sich zu Winterbeginn in irgendeinem Winkel
wie Igel zusammenrollen, die Augen schließen und bis
zum Erwachen des Frühlings friedlich schlummern
könnten. Weniger ermattet als heute würden sie wohl
den Kampf ums Dasein aufnehmen.

Aber diese schädliche und stärkende Einrichtung ist
dem Menschen verlagst geblieben; seine Bedürfnisse sind
im Winter eher noch stärker als in der warmen Jahres-

zeit — und so gibt es für ihn nur ein Mittel, den niederdrückenden und vernichtenden Einflüssen des Lebens erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen: ganz wach zu sein!

Wach zu sein mit allen Sinnen und Kräften! Das aber bedeutet: Menschen, Dinge, Ideen und Geschicknisse im Lichte unserer Zeit zu sehen und danach zu handeln.

Wir tragen alle mehr oder weniger an dem Valls von Ueberlieferungen, die noch aus dem Blute vergangener Generationen stammen. Anschauungen, die einmal richtig gewesen sein mögen, vererben sich in Zeiten hinein, die anderes Denken erfordern.

Und wohl nie hat ein Zeitalter die Menschen so zum Umlernen genötigt, wie gerade das kapitalistische. Es bricht tief in das Familienleben hinein und bringt ein eiliges, nervöses, unruhiges Tempo in den Ablauf des Daseins. Heute spannt es alle Kräfte bis zum äußersten an, morgen entläßt es sie ganz, völlig unbekümmert um ihr weiteres Schicksal.

Das Kapital erfüllt seine Mission der wirtschaftlichen Umwälzung; aber es macht sich bei seinen Mehrwerterschaffern mit großer Vorliebe die Eigenschaften und Anschauungen dienbar, die noch aus einer andern Zeit stammen. Bemüht es sich doch immer wieder, die alten Rechtsideale der Demut und Zufriedenheit, die ganze Unfreiheit und kläglich Gebundenheit des Arbeiters von ehemals auch in unserer modernen Zeit zu konservieren. Und wenn es den Fortschritt des geistigen Erwachens auch nicht hindern kann — weil er eine notwendige Folge der ökonomischen Veränderungen ist —, so sucht es ihn doch mit allen Mitteln zu hemmen; es versucht, die Jagdbellen wieder einzuschließen, stellt den Kampforganisationen feindliche Verbände gegenüber und sucht in dramatischer Weise mit Gesetzesparagraphen Furcht und Entsetzen zu erregen.

Das Kapital will den wütenden Wintersturm des Arbeiters, aber dieser Sturm ist schon zwei Monate im Jahre dauern!

Und — leidet, leidet! — hat es noch immer Erfolg bei einem Teile der Bevölkerung.

Diese Nichterwachen können mit einer Ausnahme, die den Augenwischen zur Bergeilung bringen kann. Sie leben mitten im Leben und Daseinskampf wie wir, aber der Sturm weht über ihnen an ihnen vorbei. Sie hören die Stürme eines nie ruhenden Kampfes, aber ihre Seelen können und zu sein. Sie regieren in Ruhe und gelassenen Wintersturm dahin und erkennen das nicht wahr, das ein neuer Menschheitsfrühling in naher Zukunft im Lande steht.

Und sie bemerken nicht, daß man ihnen von obenher das Licht verleiht, weil man gewisse Fertigkeiten braucht. Fertigkeiten, die nichtigen Frazz der zu Licht, Leben und Kampf erwachten Arbeiter wiederzubringen.

Aber weder die Interessen noch die unbewußten Bestrebungen der Reaktion können den Aufstieg und die Ausbreitung unserer Bewegung verhindern. Und wenn in einem so gefährlichen Kampfe, wie es der unsere ist, gelegentliche kleine Niederlagen unummeidlich sind — wir haben immer wieder das Licht der Auferstehung gesehen!

Unsere Bewegung ist unbewußt, weil in ihr dieser Offensiv einer ewigen Verjüngung liegt und weil sie ein helles, warmes Dasein ausstrahlt in das mehr und mehr erwachende Leben aller, die im Kampfe des Kapitals leben und unter der klaren Leuchte der Gesellschaftsorganisationen leben.

Und so ist es auch im nächsten Wintersturm liegen, da soll unser Dasein stehen; da soll unsere mahrende und lebende Stimme sie erheitern aus blinder Verblendung, soll sie ermahnen zu Licht, Leben und Kampf.

Jeder von uns muß ein Kämpfer sein; jeder ein Erwecker! Jeder, der noch ist im Herrn und Herrn, schließt die Schließen!

Und so man wird das Licht, das wir in den Tüchern, Säcken und Leinwand Kämpfen des Alltags hervorbringen.

Das fest des Erwachens!

Mittelstandsrettung.

II.

Offenbar spricht der neue Stand der Regierung, dem Mittelstand zu helfen, ein gewisses Gefühl der Dankbarkeit aus. Die Angehörigen des Mittelstandes, so sagt man sich, leben in ihrer überausen Mehrzahl nun zu Licht und Licht und mit einem selbstbewußten Selbstbewußtsein in die Politik, weshalb man sie lange Zeit zunächst vernachlässigt und vernachlässigt hat, während sie die Arbeiter, für die doch so eifrig gekämpft worden ist, begünstigt gegen die beherrschende Wirtschaft und Gesellschaftsordnung werden und eifrig darauf aus sind, ihren mit dem Staat und Gesellschaft zu...

zustürzen. Da ist es dem erklärlich, daß man den Mittelstand für sein gutes Verhalten belohnen will, daß aber die Arbeiterklasse für ihre schlechte Haltung bestraft werden soll. Die Scharfmacherpresse erklärt diese Methode des Zuckerbrots und der Peitsche für ganz vernünftig:

Es ist doch eine ganz unbedeutende Auslegung des Begriffs „Sozialreform“, wenn von gewisser Seite aus immer wieder behauptet wird, daß Staat und Gesellschaft keine andere Pflicht kennen dürfen, als ausschließlich für das Wohl und Wehe einer einzelnen Erwerbsklasse einzutreten, die solchen Bemühen nicht anders Dank zu zollen weiß, denn durch die hasserfüllte Begeisterung der bestehenden Ordnung der Dinge und durch die Bekundung der Absicht, just mit Hilfe ihrer sozialpolitischen Bevormundung die Vertreter der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung baldmöglichst über den Haufen zu rennen!

Das heißt also, daß die guten Kinder mit Zuckerbrot gefüttert und die unartigen Knaben mit der Peitsche bearbeitet werden sollen.

Wenn man nach den Mitteln fragt, die die Regierung anwenden will, um den Mittelstand wieder auf die Beine zu bringen, so erlebt man eine gewisse Enttäuschung. Es sind nämlich alte Ladehüter, die Dr. Delbrück in Vorschlag bringt und die sehr bedenklich an die Methode erinnern, wie man einen Feig wäscht, ohne ihn naß zu machen. Die Regierung will die gewerblichen Organisationen des Handwerks fördern, sie will für bessere Kreditverhältnisse und für eine gründlichere Ausbildung der Kleinrentner Sorge tragen, sie will das Verfahren bei Vergabe von Arbeiten, also das Submissionswesen, neu regeln, sie will die Frage nach der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk endgültig lösen und sie will noch „in anderer Weise“ für die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der kleinen Leute eintreten. Manche dieser Mittel werden schon seit Jahren angewandt, ohne daß bislang der gewünschte Erfolg gezeitigt worden ist, andere scheinen überhaupt wenig geeignet zu sein, gründlich Abhilfe zu schaffen. Erklärlicherweise schon die Regierung davor zurück, das geeignete Mittel anzuwenden, um den Mittelstand, der von der Kontraktion des Großkapitals erdrückt wird, wieder kontraktfähig zu machen, indem sie die Kleinrentner planmäßig und andauernd gegenüber den Großrentnern bevorzugt. Dadurch würde sie aber das Großkapital vor den Kopf stoßen und darum wird es immer bei einer Zieserklärung bleiben, die nichts kostet, aber auch nichts nützt. Die Regierung muß nun einmal ihrer Natur nach die Geschäfte des Großrentneriums, der Großindustrie und des Großhandels besorgen, und deshalb hat sie für die kleinen Leute wohl schon eine Lebensart, aber keine Taten übrig. Das liegt nun einmal in der Struktur unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens begründet, und die Erfahrung der nächsten Jahre wird den Beweis erbringen, daß die so pomphaft angekündigte Mittelstandsrettung auslaufen wird wie das Horaburger Schießen. Hier wie überall gilt der Grundsatz, daß das Maulspitzen nicht genügt, sondern, daß geffissen werden muß, und das Pfeifen wird unsere Regierungslenten wohl in der Seele reden bleiben.

Bekanntlich verleben es die Scharfmacher wie die Vornen, daß jeder Name Honig zu fangen, und darum sind sie eifrig darauf aus, auch die geplante Rettung des Mittelstandes für ihre Zwecke anzupflachten. Man lese nur in ihrer Presse folgende Sätze:

„Nach dem Programm vertritt, das der Staatssekretär des Innern demnach mit entzückten programmatischen Worten verkündet, dann hat aber auch die Industrie aller Natur, erheitert aufzutreten. Denn die wirtschaftliche Kräftigung von Handwerk und Gewerbe und deren Fortschritt überhaupt mit der Zeit zu erheblicher Höhe über dem Stand der Gewerkschaften verheißt, die unter dem höchsten Druck der zu beklagenden Verhältnisse leider eine recht betrübliche Entschädigung erlitten hat. Kommt es demnach zu einer Neuordnung des Unternehmertums im Handwerk, dann ist das meistentens mit erneuter Festigung jenes Solidaritätsbegriffes zu rechnen, welches alle Unternehmer, ob klein oder groß, im Hinblick auf die unbedingte Identität ihrer arbeitgeberischen Interessen befehlen sollte, aber welches darum keine naturunabhängige Geltung verleiht, weil die wirtschaftliche Schwäche des Handwerks hierin ein Hindernis bilden mit dem selbständigen Unternehmertum schwer vereinbar würde. Die erzwungene Selbstlosigkeit der kleineren Arbeitgeber gegenüber den nach so unerschöpflichen Forderungen der Gewerkschaftsorganisationen stehenden Arbeitnehmern für das Unterliegen der gesamten Arbeiter im Arbeitskampf! So haben denn diese letzten Worte gesagt, an ihrem Ort mitgewirkt, daß unsern Volk ein wirtschaftlich gesunder, sozial aufstrebender und politisch selbstbewußter Mittelstand erhalten bleibt. Und unter diesem Gesichtswinkel stellt uns so sehr zu hoffen, daß die wirtschaftlichen Werke des Staatssekretärs Dr. Delbrück nicht nur „Wort“ bleiben, sondern sich auch auch zu „Tat“ entwickeln!“

Hier zeigt sich der echte kapitalistische Geist im höchsten Maße: das Großkapital will die Kleinrentner und Kleinrentner als Konkurrenz...

die Emanzipationsbestrebungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, es will zwischen sich und den Gewerkschaften einen Damm aufwerfen, um das Andringen der Arbeiter abzuhalten, und der Mittelstand soll diesen Wall bilden. Zum größten Leidwesen der Scharfmacher konnte der Mittelstand diese Aufgabe bisher nicht genügend erfüllen, weil er zu schwach war und deshalb gezwungenermaßen Nachgiebigkeit beweisen mußte; nun aber, wenn er infolge der Rezepte der Mittelstandsretter neugekräftigt dastehen wird, soll er als Brellblock jungieren zwischen Großkapital und Proletariat. Das ist allerdings eine nette Aufgabe, die die Scharfmacher den Mittelstandsleuten zugebacht haben, und es ist wirklich sehr schmeichelhaft für die kleinen Geschäftsleute, daß sie die Stöße der Arbeiter aushalten sollen, damit die Großen ungestört ihr Ausbeutungsgeschäft weiter betreiben können. Wenn man sich die Sache richtig überlegt, so muß man diese Zumutung als eine Unverschämtheit und eine Frechheit bezeichnen, trotzdem aber werden sich die kleinen Kräuter sehr geschmeichelt fühlen, daß man ihnen die Ehre angedeihen läßt und sie als Worttruppe gegen die Forderungen der Gewerkschaften benutzen will. Auf den gewerblichen Mittelstand trifft das alte Wort zu: „Wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“ Die Angehörigen dieser rückständigen Bevölkerungsschicht sind tatsächlich so kurzichtig, daß sie ihr eigenes Wohl nicht erkennen und daß sie ihre Freunde von ihren Feinden nicht unterscheiden können. Anstatt mit den Arbeitern, ihren natürlichen Verbündeten, Hand in Hand zu gehen und ihre Stoßkraft gegen den gemeinsamen Feind, das Großkapital, zu richten, lassen sie sich von den Großrentnern, den Großindustriellen und dem Großhandel zu Schildeknappen mißbrauchen. Aus Dankbarkeit werden sie dann von den großen Hechten aufgefressen, wie man dies jeden Tag beobachten kann.

Gegen diese Wucht der Tatsachen schlägt das Gerebe von der Interessensolidarität zwischen Großkapital und Mittelstand nicht das mindeste. Die Scharfmacherpresse betont immer von neuem wieder diese Solidarität und begründet sie mit der Behauptung, daß die kleinen und die großen Geschäftsleute als Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber ein gemeinsames Interesse hätten. Das trifft, wenn man genauer zusieht, auch nur teilweise zu; denn die Arbeiter sind ja nicht nur Verkäufer ihrer Arbeitskraft, sondern auch Käufer der verschiedenen Waren, und wenn infolge ihrer gesteigerten Löhne ihre Kaufkraft steigt, so haben gerade die kleinen Geschäftsleute den Vorteil davon. Es besteht also zwischen gewerblichem Mittelstand und Proletariat eine gewisse Interessensolidarität dem Großkapital gegenüber, denn wenn die Großkapitalisten durch die Gewerkschaften gezwungen werden, einen Teil ihres Profits in Form von höheren Löhnen den Arbeitern anzuliefern, so fließt dies Geld fast ausschließlich in die Taschen der Kleinrentnerbetreibenden. Dagegen besteht ein unüberbrückbarer Interessengegensatz zwischen Mittelstand und Großkapital, da letzteres fortwährend mit Macht darauf aus ist, die kleinen Leute kaputt zu machen. Die von der Scharfmacherpresse so begeistert gepriesene Solidarität zwischen Großen und Kleinen im Wirtschaftsleben erinnert lebhaft an die Erzählung von dem Fiskus, in dem Löwen und Tiger und Lämmer in einem Käfig gehalten wurden. Es ging sehr gemütlich und friedlich her, nur die Lämmer mußten von Zeit zu Zeit erneuert werden. So verhält es sich auch mit dem friedlichen Zusammenarbeiten zwischen großkapitalistischen Rentnieren und kleinkapitalistischen Lämmern. Die Lämmer werden eben aufgefressen, aber es kommen immer wieder neue nach.

Die Arbeitsnachweisfrage bei den Tarifverhandlungen und nach dem Kampfe im Jahre 1913.

II.

Nach den vom Arbeitgeberverband anerkannten Bedingungen des Reichtarifvertrages und protokollierter Erklärungen soll eine weitere Förderung der paritätischen Arbeitsnachweise begünstigt werden. Und die Ortsarbeitsräte sollten binnen sechs Monaten nach Abschluß des Vertrages prüfen, ob und in welcher Weise die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen ins Auge zu fassen ist. Daß die bestehenden paritätischen Arbeitsnachweise erhalten bleiben sollten, ist bei den letzten allgemeinen Verhandlungen sogar zweimal festgelegt worden (im Schlichtungsausschuß vom 24. Februar und am 8. April 1913). Wenn gegen stehende Abmachungen von einer Vertragspartei verfahren werden ist, so ist das in der Angelegenheit der Arbeitsnachweise vom Arbeitgeberverband anfordern zu können. Umstritten nach dem Stand der...

Schiedsprüche und zusammen mit der Aufhebung des Kampfes am 23. Mai 1913 teilte der Landesverband Hamburg des Arbeitgeberverbandes seinen Mitgliedern folgendes mit:

Sehr geehrter Herr Kollege! Was wir vermuteten, ist eingetroffen. Mit knapper Mehrheit hat die Abstimmung über die Schiedsprüche die Annahme derselben im Reich ergeben. Der Gehilfenverband hat gleichzeitig die Schiedsprüche angenommen. Wie bereits in der Mitgliederversammlung am Dienstag dargelegt, sollen wir uns dem Mehrheitsbeschluss beugen.

Wir machen Ihnen diese Mitteilung zugleich mit dem Bemerkten, daß unser alter Arbeitsnachweis im Bureau, Kleiner Pulvertisch 15, vom Sonnabend mittag an wieder geöffnet sein wird.

Das war ein glatter Bruch der bestehenden Abmachungen; denn in Hamburg hatte vorher ein paritätischer Arbeitsnachweis bestanden. Die Herren glaubten an den verbreiteten Schwundel von dem Kanferott unserer Kasse und rechneten damit, daß die Gehilfen es gar nicht erwarten könnten, daß die Werkstätten wieder geöffnet würden. Als ihre Prostration sie eines andern belehrte, sollten die Tarifinstanzen Unrecht ins Gegenteil verhandeln und die Aufregung über den „Tarifbruch“ der Hamburger Gehilfen kannte keine Grenzen. Diese mußten sich sogar von einem Organ des Arbeitgeberverbandes als eine Bande bezeichnen lassen.

Nach vierwöchigem weiteren Kampfe wurde unter anderm auch die Grundlage für eine Verständigung über die Regelung der Arbeitsvermittlung geschaffen. Am 1. September ging der Arbeitsnachweis, der von unserm Verband nach Aufhebung des paritätischen Arbeitsnachweises weitergeführt worden war, auf Grund gegenseitiger Vereinbarung in die Verwaltung einer gemeinsamen Gesellschaft über. In der Vereinbarung heißt es unter anderm:

Die Benutzung des Arbeitsnachweises ist nach den Bestimmungen des Reichsarbeitsgesetzes zwar nicht obligatorisch, jedoch verpflichten sich die Organisationen (Arbeitgeberverband und Verband der Arbeiter), weder solche Arbeitsnachweise zu errichten noch die Vermittlung anderer in Hamburg, Altona oder Wandsbek etwa befindlicher Facharbeitsnachweise in Anspruch zu nehmen. Ferner verpflichten sich beide Organisationen, mit allen Mitteln, insbesondere durch ihre Zeitungen, darauf hinzuwirken, daß ihre Mitglieder sich ausschließlich des Arbeitsnachweises der Patriotischen Gesellschaft bedienen.

Die Uebertragung des Arbeitsnachweises findet zunächst bis Ende Dezember 1914 statt. Vor Ablauf des Jahres sollen Verhandlungen über die Einrichtung einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Verwaltungskommission stattfinden. Mit dahin werden Beschwerden über die Geschäftsführung durch die Kommission für den Arbeitsnachweis der Patriotischen Gesellschaft erledigt.

Im übrigen Deutschland bestehen aber noch große Schwierigkeiten als Folge einer fortgesetzt betriebenen Obstruktion des Arbeitgeberverbandes. Wer den Schiedspruch über den Arbeitsnachweis, den die Presse unserer Unternehmern einen „Anglistwurf“ nannte, und mit der „Süddeutschen Arbeiter-Zeitung“ der Meinung ist, die Arbeitgeber hätten erkannt, daß die Behauptungen bürgerlicher Sozialideologen über die paritätischen Arbeitsnachweise „hinterbrauntes Masin“ seien und dazu führen, „die Arbeiter und nichtsozialdemokratischen Arbeitnehmer unter das laubige Joch willkürlicher Abhängigkeit von den Befehlen ihrer sozialistischen Demagogie zu zwingen“, wird eben alles versuchen, die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen und das Funktionieren schon bestehender Nachweise zu hintertreiben.

Auch von oben herab wird gegen die paritätische Arbeitsvermittlung schachgemacht — nach dem Diktum der Bauarbeitgeber und der Großindustrie —, und zwar nicht mit recht einwandfreien Mitteln. So führte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes auf dem Kartelltag in Berlin am 11. August 1913 aus:

Sie haben auf dem Verbandstage in Hamburg (1911) gewarnt vor der Gründung paritätischer Arbeitsnachweise. Wir haben bestimmte Normen aufgestellt, auf Grund deren es nur gestattet sein sollte, paritätische Arbeitsnachweise zu errichten. Wir haben den Verzicht gesagt, daß kein Verband das Recht hat, einen paritätischen Arbeitsnachweis zu gründen, ohne die Zustimmung des Hauptverbandes zu haben, weil wir ganz genau wußten, daß ein Teil unserer Kollegen doch von den Gehilfenführern über den Düssel herbeizogen werden würde, und weil dann die Gehilfen wieder kommen und den Unparteilichen sagen würden: „Seht, in dieser und jener Stadt haben wir schon paritätische Arbeitsnachweise, und damit die Unparteilichen zu beeinträchtigen suchen würden, die paritätischen Arbeitsnachweise ganz und gar einzuführen. Wir haben in Hamburg Thesen aufgestellt, die gemäß liberal sein wollen, und trotzdem hat die sozialdemokratische Gehilfenorganisation sich auf das Schärfste dagegen gestellt.“

Die Erfahrungen, die unsere Kollegen mit den paritätischen Arbeitsnachweisen gemacht haben, mußten und bei der Kartellversammlung zum schärfsten Widerstand gegen die Forderungen der Gehilfenführer veranlassen und Gott sei Dank mit gutem Erfolg. . . . Man hat in Hannover, dem kleinen Hannover, im kleinen Hannover ist kein paritätischer Arbeitsnachweis, aber in der Stadt angelegt, und trotzdem mußte der Minister eingreifen. . . .

organisierten Gehilfen berücksichtigt werden sollten, und der preussische Minister mußte als Wächter der Rechte der Handwerker eingreifen und die Stadt Hannover auffordern, die Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises abzuändern oder den Arbeitsnachweis zu schließen.

Zu diesem Bekenntnis zur Obstruktion und — wir brüden uns gelinde aus — zur Oberflächlichkeit, sei bemerkt: Die „liberalen Thesen“ des Hamburger Kartelltages waren ein Produkt, von dem Herr Kruse damals sagte, es seien Normen im Lapidarstil; er habe „aus den vorliegenden Arbeitsnachweisordnungen das Ungünstigste herausgelassen und das Günstigste für die Meister herausgeholt“. Und die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ schrieb dazu, man werde sie uns vorlegen und erklären: „Frei Vogel oder stirb.“ Angesichts einer solchen Annahme geht im Tone eines Wiederwärtlers von Liberalität reden und uns Vorwürfe zu machen, weil wir in Wahrung der Interessen unserer Kollegen solche Zumutungen zurückwiesen, ist ein starkes Stück. — Die schlechten Erfahrungen der Arbeitgeber mit den paritätischen Arbeitsnachweisen aber rühren daher, daß sich diese Einrichtungen nicht als Maßregelungsbüros gegen organisierte Arbeiter und nicht dazu mißbrauchen lassen, daß unorganisierten und sich erst etablierenden Arbeitgebern die Arbeitskräfte vorenthalten werden. — Die Behauptungen indes über das Eingreifen des preussischen Ministers in Hannover sind so entstellt, daß aus ihnen nicht hervorgeht, daß nicht nur organisierte Gehilfen, sondern auch organisierte Meister den Vorrang bei der Vermittlung haben sollten und daß diese Bestimmungen auf Wunsch der Arbeitgeber, also nicht mit dem Hintergedanken, etwa der Gehilfenorganisation besonders zu nützen, eingeführt worden waren.

Wer zu solchen Methoden, wie hier gekennzeichnet, seine Zustucht nehmen muß, um bei einer ersten Frage mitzureden, kämpft in keiner beneidenswerten Position. Und so ist es denn auch nicht gelungen, unsern Einfluß bei der Arbeitsvermittlung auszumergen. Wir berichteten schon von Hamburg, daß es dort zu einer Einigung über eine umfassende, unparteiliche, im Interesse beider Parteien liegende Arbeitsvermittlung gekommen ist. Und das will, weil es sich um den Sitz des größten Gegners geordneter Verhältnisse handelt, viel sagen.

In Plauen wurden die Arbeitgeber derart beeinflusst, daß sie den bestehenden paritätischen Arbeitsnachweis am Jahresabschluß kurzerhand aufhoben. Das Ortsarbeitsamt suchten sie dann durch Obstruktion zu hindern, eingzugreifen. Nachdem dies durch das Anrufen des geschäftsführenden Unparteilichen des Hauptarbeitsamts durchkreuzt worden war, wurde auch hier der Weg der Verständigung beschritten.

In einer Anzahl Orte wurde die Frage der Arbeitsvermittlung durch Uebereinkommen mit den städtischen Vermittlungsstellen geregelt; in verschiedenen Orten benutzen die Arbeitgeber unsere Vermittlungsstellen, in andern sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Die sonst noch bestehenden paritätischen Arbeitsnachweise werden weitergeführt, mit Ausnahme von Frankfurt, wo die Arbeitgeber es mit allen erdenklichen Winkelzügen verstanden haben, allen Vermittlungen des Vorsitzenden des Ortsarbeitsamts und unserer Kollegen zum Troz das Weiterbestehen des paritätischen Arbeitsnachweises zu vereiteln. Sie lehnten grundsätzlich jede Mitwirkung an der Arbeitsvermittlung rundweg ab, wollten nichts von einer Vermittlung durch sachverständige Personen wissen und ließen schließlich, als ihnen die verschiedensten Konzeptionen gemacht worden waren, die monatlang dauernden Verhandlungen scheitern. — Hierauf hat unsere Frankfurter Filiale wieder einen eigenen Nachweis eingerichtet.

In München bemüht sich die Stadtverwaltung bei sämtlichen Organisationen, um in ihrem demnächst fertiggestellten großartig eingerichteten Arbeitsamtsgebäude die paritätische Arbeitsvermittlung weitgehend unterzujagen zu können.

Zwei Gehilfen- und zwei Meisterorganisationen Münchens sind auch ohne weiteres bereit, die Sache zu fördern; nur die dritte Meisterorganisation, der süddeutsche Verband, unser vorzüglichster Kontrahent am Reichsarbeitsvertrag, macht aus organisations-egoistischen Gründen in Obstruktion. Wahrscheinlich wird es bei der Bedeutungslosigkeit des Arbeitgeberverbandes, besonders in München, auch ohne diesen gehen.

So sehen wir im allgemeinen den Arbeitgeberverband unterstützt von den mit ihm verbündeten Innungen, die ebenfalls dieser Arbeitsnachweise unterhalten, gegen die paritätische Arbeitsvermittlung ankämpfen und gegen bestehende Vereinbarungen verstoßen. Dabei ist es auch der Dattel in den Backen unserer Unternehmer mit, der es nicht zuläßt, daß sie in demselben georgig sein können.

Keine Stellungnahme in dieser Situation ist gegeben: Weil wir überzeugt sind, daß eine einseitige Arbeitsvermittlung nie so umfangreich sein wird wie eine gemeinsame und damit ihre vornehmste Aufgabe, die Regelung

wirken wir unausgesetzt und in allen in Betracht kommenden größeren Städten für die paritätische Arbeitsvermittlung.

In erster Linie kommt da der von den Tarifparteien selbständig verwaltete Nachweis in Frage. Wo sich hier Hindernisse entgegenstellen, wirken wir auch für paritätische Facharbeitsnachweise im Anschluß an kommunale mit selbständiger gemeinsamer Verwaltung. Erst in zweiter Linie befürworten wir die Vermittlung durch einen berufsfremden, also unsachverständigen städtischen Beamten; denn wir sind entgegen den demagogischen Behauptungen unserer Gegner gerade der Auffassung, daß in einem gut geleiteten Arbeitsnachweis nicht lediglich nach der Nummernfolge, sondern vornehmlich darauf geachtet werden muß, daß die offenen Stellen von den für diese in jedem Einzelfalle passenden Arbeitskräften besetzt werden. Erst innerhalb der in Betracht kommenden Arbeitskräfte tritt, wenn nicht noch andere Momente mitsprechen, die Nummernfolge in Wirkung. — Mindestens aber verlangen wir ein Mitbestimmungs- und Kontrollrecht durch eine besondere, von beiden Parteien besetzte Kommission oder durch eine Vertretung in der für die behördliche oder gemeinnützige Arbeitsvermittlungsstelle zuständigen Ueberwachungsinstanz.

Wo diese Voraussetzungen fehlen, müssen entweder ganz besondere Verhältnisse zu deren Verzicht zwingen oder eine Kontrolle überflüssig machen. Im andern Falle und wenn die Arbeitgeber im allgemeinen der paritätischen oder kommunalen Arbeitsvermittlung ablehnend gegenüberstehen, fördern wir nach besten Kräften unsere eigene Vermittlungstätigkeit. — Eine Anzahl unserer größeren Filialen unterhalten schon seit langem gut funktionierende Arbeitsnachweise, andere sind in letzter Zeit dazu übergegangen, solche einzurichten, die übrigen aber erledigen ohne besondere Einrichtungen bei ihnen per Post oder Telefon eingehenden Gesuchen nach Arbeitskräften.

Die Obstruktion des Arbeitgeberverbandes gegen eine gemeinsame Arbeitsvermittlung und die Notwendigkeit, die Anarchie auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen, zwingen uns, der Frage der eigenen Vermittlung dort, wo eine Verständigung mit den Arbeitgebern unmöglich ist, wieder größere Beachtung zu schenken. — Wir werden in Kürze besondere Einrichtungen treffen, um einen laufenden Ueberblick über die Frequenz der Nachweise zu geben und einen Austausch von Arbeitskräften herbeizuführen. Wir müssen aber auch unsere Kollegen so erziehen, daß sie bei Arbeitswechsel und wenn sie zureisen, vor allem dort, wo kein paritätischer Arbeitsnachweis besteht, zunächst unser Bureau aufsuchen, schon um sich sachkundigen Rat über die am Orte bestehenden Arbeits- und Konjunkturverhältnisse zu holen; ein Bestreben, das nach Ausschaltung der Arbeitslosenunterstützung in unserer Organisation nach etwa Jahresfrist noch ohne weiteres besonders gefördert werden wird.

Wirtschaftliche Rundschau.

Börsenbrust und Geldknappheit. — Depression und Forcierung der Ausfuhr in der Eisenproduktion. — Die Lage der Kohlenproduktion.

Daß der wirtschaftliche Niedergang kein leerer Wahn ist, wird selbst solchen Unternehmern von Tag zu Tag klarer, die erst vom Friedensschluß, dann von der Geldknappheit und Kreditverbilligung Wunderdinge erwarteten.

Die vorher schon genug gepörrte Börse hat zwar in den ersten beiden Monaten des Jahres eine Belebung erfahren. Die Staaten hatten es eilig, mit ihren Anleihen unterzukommen; große schwebende Bankschulden der Aktiengesellschaften konnten endlich in dauernde Verrechnung der Aktien oder Obligationen „ausgewechselt“ werden. So erzielten neue Werte und Effekten auf dem Warenmarkt, das Emisssionstreiben war eine kurze Zeitspanne hindurch fast so laut wie in der Zeit großer Produktionsvermehrungen. Aber mit dem März war dieser lange zurückgehaltene ausnahmeweise Bedarf erledigt. Was nicht alle anhaltende Geldknappheit, wenn jedermann davon zurücksprach, sich in weiter ausdauernde Unternehmen einzulassen? So sieht man im wachsenden Geldüberfluß der Banken und sonstigen Kreditgeber mehr und mehr nur den Kapitalist für die zunehmende Geschäftslage. Die Reichsbank hatte am 25. März, kurz vor der Quartalswende, in der bis zum Vorjahre das rasche Zerbröckeln in die Steuerpflicht die Regel bildete, eine neuerliche Notenerreißer von nicht weniger als 538 Millionen Mark. Selbst nach dem Zwischenantritt vom 27. März stand diese noch immer auf 395 Millionen, so daß gegenüber dem Vorjahre eine Verringerung um 354 Millionen Mark zu verzeichnen war. Dies bietet aber keine Grundlage mehr für Zukunftshoffnungen, sondern lediglich für trübselige Betrachtungen über die Gegenwart.

Der Eisenmarkt zeigt ein ähnliches Bild wie die Börse. Am Schluß des Jahres 1913 wurden ein paar allzu heftige Preissteigerungen vorübergehend wieder ein wenig nach oben korrigiert. Sofort war man mit dem Trost besetzt, daß eine tiefergehende eigentliche Krise diesmal offenbar ausbleiben werde. Der Nachschlag ist aber längst wieder eingetreten. In Düsseldorf konzentrierte sich die Eisenindustrie aus Industrie nach der Ruhr

Die nun die Bezeichnung des für das Gewerbe bestehenden Arbeitsschwerpunktes.

Dieser schon heute im Sonderarif stehende Paragraph wird mit seinen unübersehbaren Folgen (Einfluss eines jeden von der Gewerkschaft zugesandten Gesellsen, wie zum Beispiel bei Mafern und teilweise bei Kläusern usw.) naturgemäß erst dann in die Erscheinung treten, wenn sich die Gewerkschaften völlig als Herr der Lage fühlen. Das von den Gewerkschaften in den letzten Tagen an die Malergehilfen verteilte gelbe Flugblatt, ist ein Zeichen, wohin der Weg führt.

Alle diese Momente, auch die Folgen der durch den Druck der Gewerkschaften erfolgten Unterschrift von Hemming & Witte, der prinzipielle Bedeutung zukommt, sind in jener Besprechung am 18. vorigen Monats eingehend gewürdigt worden, so daß neben einigen kleineren und mittleren Geschäften auch die Firmen Geh. Wilsche & Cron, Geufert und Harber ihren Beitritt zu unserer Ortsgruppe definitiv erklärt haben, um einmal den Anfang zu machen, wodurch die in Köln organisierte Kohnsumme sich wieder auf über 1 Million Mark erhöht hat. Naturgemäß genügt dies nicht; denn Arbeitgeberverband und Sonderarif sind irrelebante (unerhebliche) Begriffe. Sollen in Köln, der einzigen Stadt in Rheinland und Westfalen, wo solche Verhältnisse möglich sind, diese geändert werden, so kann dies nur von Grund auf, unter Beteiligung aller größeren Geschäfte geschehen. Da verschiedene größere Firmen bei der letzten Besprechung gefehlt haben, ist eine nochmalige Aussprache gewünscht worden.

Die Besprechung findet nunmehr statt am Freitag, 8. April, abends 7 Uhr, im Kolonialhaus, Nachener Straße 5, 1. Stg., Zimmer 1.

Zu dieser Besprechung sind 44 für die Sache in Betracht kommende Firmen durch dieses fortlaufend nummerierte Schreiben eingeladen. Hierbei auch die Mitglieder des Bundes deutscher Dekorationsmaler, da in einer Aussprache des Unterzeichneten mit einer führenden Person des Bundes aus München auch bereits anerkannt wird, daß wir alle zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Zukunft zusammengehen müssen und eine Einigung der Verbände nicht zu schwierig erscheint.

Wir bitten Sie hiernach, ob Sie der Sache prinzipiell feindselig gegenübersehen, ob Sie durch irgendwelche Maßnahmen vergrößert sind oder sonstige Bedenken haben, diese zurückzustellen und sich an dieser unverbindlichen Aussprache unbedingt zu beteiligen.

Hochachtungsvoll
Die Geschäftsführung, Dr. Götz, Syndikus.

Nach der „Westfälischen N.-Z.“ ist der Fall Hemming & Witte „ohne größere Bedeutung“. In dem hier abgedruckten Artikel kommt aber durch den Druck der Gewerkschaften erfolgten Unterschrift von Hemming & Witte prinzipielle Bedeutung zu. Das beachtet die Aufsichtlichkeit aber auch die Verlegenheit der treibbaren Herrn wieder einmal trefflich. Die Stelle wird nach dem durch das Zirkular dokumentierten ersten Versuch in Köln nicht haben, denn den Sonderarifstreikern ist ja bekannt, daß es gerade der jetzt in sie werbende Arbeitgeberverband war, der es als einen besonderen Sieg feierte, daß die Sonderarifstreikung bestehen bleiben müssen, damit den Gesellen die während des Kampfes von ihnen erzwungenen Vorteile nicht wieder verloren gehen und so die Unterzeichner der Sonderarif ihre wohlverdiente Strafe erhalten. Daß diese Reiter jetzt zum Danke dafür dem, der ihnen dies einbrocht hat, beitreten sollen, ist etwas viel verlangt.

Im übrigen ist interessant, daß dem Herrn nur noch als wesentliches Kampfmittel das Gruselwörterchen vom Arbeitsnachweis bleibt.

Tarifbruch und niedriger Terrorismus in Stuttgart.
Dieser Ueberricht macht der Stuttgarter Schriftsteller F. seinem gequälten Herzen Luft. Malergehilfen, die sich am Jahrlage den Lohn in der ihnen versprochenen Höhe ausbitten, und da sie diesen nicht erhalten, zum Teil entlassen werden, zum Teil die Arbeit niederlegen, sind nach Ansicht des Artikelverfassers tarifbrüchige Terroristen. Es gehört schon eine gewisse Dosis Unvorsichtigkeit dazu, die Anzahl Malergehilfen des Tarifbruchs zu bezichtigen und deren Namen in böswilliger Absicht zu veröffentlichen, wohl das Ortsarifamt einstimmig entließ, daß in dem Verhalten der Betroffenen kein Tarifbruch zu erblicken sei. Die Behauptung F. verfehlt, beweist schon, daß er die Namen nicht, Götz und Sinn mit veröffentlichte, trotzdem ersterer entlassen wurde und die beiden letzteren Franz waren. Ein Jarman der „Süddeutschen“ hat F. übrigens gut getroffen. Doch ist es allerdings, daß gar selten Zeit, wo es einem Reiterer möglich war, den im gemeinverbreiteten Bild geschilderten Gang zu sehen, die bösen Terroristen nun wieder in dem Gesicht des Malermeisters Naith zu erdungen arbeitslos, die der Artikel mit seinem Klang gern verändert hätte.

Wie entstand denn die ganze Sache? Der Malermeister Naith gehörte mit zu den Zielen, die der Kampf gegen die allgemeine Lohnsenkung ein Ziel der Kampf sei, und suchte seinen Reuten den tariflichen Lohn zu sofort seine Bearbeitung des betreffenden durch eigene Stuttgarter Dekorierer (Malermeister, die ausgenutzt keine Aufträge auszuführen haben), ein, und der betreffende Malermeister hat sich zum Wortbruch verhalten. Es folgten der betreffenden Gesellen im Sinne mit F. Tatfache, daß Malermeister Naith die Entlassung hatte, daß einzelne seiner Ratgeber gesellschaftliche Beziehungen mit seiner Handlung angulassen versuchten, jedoch den Lohn nicht, bezüglich zu verweigern und den für den Lohn ausstehenden Lohnempfänger jedem einzelnen Kollegen zu geben.

Die Schritte gegen den Kampf nachkommen, ist die Lösung der Stuttgarter Gesellen bereits, ausgeführt, um jedoch ein Solches individuell versucht, um seine Lohn zu verweigern oder gar um sich gegen eine teilweise Schwächung angestrebte Lohnsenkung zu wehren. Das ist nicht möglich, das im Sinne zu haben.

F. schreibt dann weiter: „Nach Verlauf dieser Sitzung (Ortsarifamt) kann erklärt werden, daß eine allgemeine Aufbesserung vom Tarifamt nicht verlangt wird.“ Daß die Arbeitgeberbeisitzer über den Verlauf der letzten hiesigen Ortsarifamtssitzung nicht objektiv berichtet, ist uns nur zu erklärlich. F. ist deshalb vielleicht das Opfer einer falschen Information geworden. Wenn man gezwungen wird, in die Behandlung einer Tagesordnung einzutreten, wegen der man früher den besseren Weg der Tapferkeit vorgezogen; wenn man weiter (speziell in Berücksichtigung des Vorhabens des Obermeisters Fuchs, dem Ortsarifamt gegenüber erklären zu wollen, daß man die Mitglieder darüber informieren will, daß sie sich nicht weigern dürfen, als Angeklagte zu erscheinen, sobald sie vor das Ortsarifamt geladen sind, so mag dieses sicherlich recht unangenehm sein. Wenn man dann weiter beantragt, die Frage zu erledigen, ob die Lohnsenkung eine allgemeine sei, der Vorsitzende darauf protokollieren läßt, daß er, da die Sache erst in der Sitzung zur Sprache gebracht wurde, sich zunächst informieren müsse und deshalb Vertagung notwendig sei, und diesem Vertagungsantrag einstimmig zugestimmt wurde, man dennoch dem F. schreiben läßt: „Nach dem Verlauf dieser Sitzung kann erklärt werden, daß eine allgemeine Aufbesserung vom Tarifamt nicht verlangt wird“, so ist damit die Sachlage mehr als zur Genüge gekennzeichnet. Trotzdem also die Sache gar nicht verhandelt wurde, überrascht uns ja solche Handlungsweise nicht weiter, da wir unsere Leute kennen; eine nähere Bezeichnung der Tatsache müssen wir uns aber verlagern, da für eine solche Handlungsweise unsere so wortreiche deutsche Sprache doch nicht den richtigen Ausdruck kennt.

Aus Unternehmerkreisen.

Unternehmerterror. Der Verband der Pfaffenweiser von Rheinland-Westfalen hat in einem Rundschreiben vom 28. März an alle seine Mitglieder — auch an die Mitglieder der ihm nur korporativ angeschlossenen Zwangsammungen — jedem Unternehmer die Pflicht auferlegt, allen in ihren Betrieben beschäftigten Pfaffenweiser und Kammerern den mit der christlichen Organisation abgeschlossenen Tarif zur Unterschrift vorzulegen, und, falls sich die Arbeiter weigern, die Unterschrift zu leisten, sie ohne weiteres ab 1. April 1914 auszusperrern; die Arbeiter dürften unter keinen Umständen weiter beschäftigt werden. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Von den... ausgeperrten Gesellen und Kammerern wollen Sie der Geschäftsstelle des Verbandes sofort Namen und Geburtsdatum postwendend einreichen, damit die Namen der Arbeitnehmer an alle Verbandskollegen sowie an den Reichsverband weitergegeben werden können, um so deren Einstellung und Weiterbeschäftigung zu verhindern.“

Für die Staatsanwaltschaften und Gerichte im rheinisch-westfälischen Gebiet, die ja bekanntlich beim Bergarbeiterausstande so energisch den angelegten Streikterror bekämpft haben, dürften noch die folgenden Stellen des Unternehmerrundschreibens von sehr großem Interesse sein: „Gleichzeitig machen wir Sie in Ihrem eigenen Interesse sowie im Interesse des Verbandes auf die Strafbestimmungen unserer Satzungen, § 26, aufmerksam, wonach Sie bei jedem Einzelfalle des Verstoßes zu einer Geldbuße von M 20 bis M 10000 herangezogen werden können, wenn Sie gegen obige Anordnungen verstoßen.“ Es wird ferner nur dieses öffentlichen Hinweis bedürfen, um die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten gegen diesen offensichtlichen Terror zu veranlassen, denn früher sind auch in Rheinland-Westfalen alle Preußen vor dem Gesetze gleich.

Zusammenhang der deutschen Unternehmerverbände. Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, der mit 30 Bezirks-, Landes- und Provinzialverbänden sowie elf unmittelbar angeschlossenen Ortsverbänden mit circa 250000 Arbeitern sich über das ganze Deutsche Reich erstreckt und auch den Betonbau-Arbeitgeberverband mit umfasst, hat auf seiner kürzlich in Eisenach abgehaltenen Generalversammlung seinen Beitritt zur Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände beschlossen.

Baugewerbliches.

Resolutionen, den Bauarbeiterbund betreffend. Die Landeskommission für Bauarbeiterbund im Großherzogtum Oldenburg und die Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter im Großherzogtum Sachsen-Weimar unterbreiteten zum Zwecke einer Erweiterung des landesgesetzlichen Arbeiterbundes bei Bauausführungen beiden Ministerien des Innern Vorschläge zur Reform dieses Schutzes mit eingehender Begründung.

Gewerkschaftliches.

Ein neuer Schlag gegen die gewerkschaftlichen Zentralverbände. Die verunglückten Schritte einiger Richter und Gerichte, örtliche Hochstellen anderer Zentralverbände für politisch zu erklären, genügen jetzt nicht mehr. Der Schlag gegen den Zentralverband des Bergarbeiterverbandes zeigt schon, daß der Gesamtverband getroffen werden soll. Verfasst berühmter Vorgesetzter v. Jagow selbst jetzt in größter Umfassung diesen Spruch entgegen. Richter und Gerichte in den Veru des „Liberalen“ Reichs...

das ein Gericht von ihm einforderte, einen der Zentralverbände für politisch erklärt und darin Gründe von ähnlicher Beweisstärke aufgeführt, wie sie jetzt in dem neuerlichen Prozeß gegen den Bergarbeiterverband als Urteilsbegründung gelten mußten. Kein Wunder daher, wenn er jetzt aus seiner Reserve als Gutachter heraustritt und die Gewerkschaften für politische Vereine erklären will.

Unter dem 1. April ist bereits an einige in Berlin domizilierende Zentralverbände und auch an einige Berliner Ortsverbände folgende von Herrn Jagow unterzeichnete Verfügung erlassen worden:

„In Anwendung des § 3 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 erlaube ich Sie, binnen acht Tagen ein Exemplar der zurzeit gültigen Vereinsstatuten sowie ein der Gegenwart entsprechendes Vorstandsmitgliederverzeichnis mit Angabe der Vor- und Zunamen, des Standes und der Wohnung einzureichen.“

Sollten Sie dieser Aufforderung keine Folge leisten, so wird gegen Sie auf Grund des § 132 Nr. 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 13. Juli 1883 eine Geldstrafe von M 150 oder im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von zwei Wochen festgesetzt und vollstreckt werden.

Zur Vermeidung der im § 18 a. a. O. angedrohten Strafen wollen Sie künftig von jeder Änderung in der Zusammensetzung des Vorstandes sowie von jeder Änderung der Satzung binnen zwei Wochen nach erfolgtem Eintritt Anzeige machen.“

Die Verfügung stützt sich mit guter Berechnung auf das allgemeine Landrecht. Die Klage gegen diese Verfügung kommt daher nicht vor die ordentlichen Gerichte, sondern muß im Verwaltungsstreitverfahren erledigt werden. Bekannt aber ist, daß das Oberverwaltungsgericht in einer gerichtlichen Entscheidung sich auf den Standpunkt stellte, daß, wenn der Zentralverband als politisch gilt, auch eo ipso alle Ortsvereine politische Vereine sind. Durch dieses Vorgehen des Herrn v. Jagow würden also mit einem Schlag auch die Ortsvereine für politisch erklärt werden.

Die Gewerkschaften werden auch diesen neuesten Schlag zu parieren wissen. Da aber zu befürchten ist, daß das Vorgehen des Herrn v. Jagow vielleicht auch noch andersorts Schuß machen könnte, so sei im besondern darauf hingewiesen, daß die von solchen Verfügungen betroffenen Gewerkschaften spätestens innerhalb 14 Tagen dagegen Einspruch erheben müssen. Durchaus irrig nämlich ist die Ansicht, die zum Schaden der Gewerkschaften ausfallen würde, daß eine solche Verfügung mit Stillschweigen hinzunehmen ist und erst dann, wenn die Einziehung der Geldstrafe eintritt, Einspruch erhoben werden muß.

Zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Bauarbeiterverband. Am den 1. April ist im Bauarbeiterverband die Arbeitslosenunterstützung eingeführt und damit das Glied geschlossen worden, das die bisherige Unterstützung im Krankheitsfalle mit der Arbeitslosenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung verbindet.

Am die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist im Bauarbeiterverband lange geirrt worden. Zwei Verbandsräte hatten sich damit zu beschäftigen, und beide brachten keine Entscheidung. Diese fiel erst auf dem extra zu diesem Zwecke einberufenen Verbandsrat im Dezember vorigen Jahres in Hamburg. Der Widerstand gegen die Vorlage des Verbandsvorstandes richtete sich nicht so sehr gegen die Einführung der Unterstützung an sich, als gegen ihren angeblich ungenügenden Aufbau, wonach die Unterstützung in den Monaten Januar und Februar nicht gezahlt werden soll. Indessen, die geradezu furchtbare Krise im Baugewerbe hatte die Gegner aus Prinzip sowohl als auch diejenigen, die die Unterstützung für das ganze Jahr eingeführt haben wollten, inzwischen überzeugt, daß Unterstützung für das ganze Jahr zu zahlen, unmöglich sei und ein weiteres Verharren auf dem ersten Standpunkt eine große Schädigung der Bauarbeiter bedeute.

Die Unterstützungssätze sind aufgebaut auf sechs Beitragsklassen und stufen sich je nach der Dauer der Mitgliedschaft wie folgt ab:

Beitragsklasse	Beitrag	Tägliche Unterstützungssätze nach einer Mitgliedschaftsdauer über:					
		1 Jahr (44 Beiträge)	2 Jahre (88 Beiträge)	3 Jahre (132 Beiträge)	4 Jahre (176 Beiträge)	5 Jahre (220 Beiträge)	10 Jahre (440 Beiträge)
Klasse 1	40	45	60	75	90	105	120
„ 2	50	60	75	90	105	120	135
„ 3	60	75	90	105	120	135	150
„ 4	70	90	105	120	135	150	165
„ 5	80	105	120	135	150	165	180
„ 6	90	120	135	150	165	180	195

Die Unterstützung kann in einem Jahre bis zu 48 Tagen bezogen werden. In den letzten Jahren sind die Beiträge der Mitglieder, die am 1. April 1914 dem Verbande zwei Jahre angehören und 27 Beiträge zu zahlen haben, sofort in der ersten Altersstufe bezogen zu werden. So sollen gleichfalls Mitglieder mit vorübergehender Mitgliedschaft und der entsprechenden Beitragsdauer in die entsprechenden Altersstufe mit dem ersten Beitragszahlungsdatum einbezogen werden. Die Unterstützung ist für die ersten 14 Tage der Mitgliedschaft in der ersten Altersstufe zu zahlen. Alle übrigen Mitglieder, welche am 1. März 1914 dem Verbande beigetreten sind, werden in die entsprechenden Altersstufe einbezogen. Die Unterstützung ist für die ersten 14 Tage der Mitgliedschaft in der ersten Altersstufe zu zahlen. Die Unterstützung ist für die ersten 14 Tage der Mitgliedschaft in der ersten Altersstufe zu zahlen.

die Unterzeichnung eines diesbezüglichen Reverses verlangten. Kein Staatsanwalt fand sich, die Fleischermeister ob ihres Vorgehens zur Rechenschaft zu ziehen.

Ein zweites Beispiel. Als im Laufe des Kampfes zwei Fleischermeister, die beide nicht Mitglieder der Innung waren, mit dem Fleischerverband einen Tarifvertrag abschlossen, begann von der Innung aus ein wahres Kesselreiben gegen die beiden Meister. Die Innung zwang die Viehkommisionäre und die Engroschlächter unter Androhung des wirtschaftlichen Boykotts, den beiden Meistern kein Vieh oder Fleisch mehr zu verkaufen. So sehr sich diese Meister auch auf dem Schlachthof bemühten, Schlachtwiech oder Fleisch zu bekommen — es war vergeblich, überall erhielten sie die lakonische Antwort: „Wir dürfen Ihnen nichts verkaufen!“ Das war sicher ein weit einschneidender und größerer Verstoß gegen den § 168, zumal die Existenz dieser Meister durch die Innungsmaßnahmen sehr in Frage gestellt war. Aber auch hier blieb die Staatsanwaltschaft untätig, obgleich die Tatsachen in der Presse dargelegt wurden. — Wir leben eben im Staate vollendeter Rechtsgarantien!

Genossenschaftliches.

Der Vorkampf der Konsumgenossenschaftsbewegung. Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist nunmehr in der Lage, einen Umsatznachweis für alle ihr angeschlossenen Abteilungen zu unterbreiten.

Der Gesamtumsatz der Verlagsgesellschaft betrug: 1913 M. 4 010 877 1912 M. 3 159 194 mithin 1913 mehr... M. 851 683

Die einzelnen Abteilungen sind am Gesamtumsatz mit folgenden Zahlen beteiligt:

Die Abteilung Druckerei erzielte einen Umsatz: im Jahre 1913 M. 1 526 945 1912 M. 1 145 799 mithin 1913 mehr... M. 381 147

Die Abteilung Papierwarenfabrik hatte einen Umsatz: im Jahre 1913 M. 1 915 263 1912 M. 1 529 303 mithin 1913 mehr... M. 385 960

Die Versicherungsabteilung erzielte einen Umsatz: im Jahre 1913 M. 599 900 1912 M. 443 498 mithin 1913 mehr... M. 156 402

Das Elektrizitätswerk weist einen Umsatz auf: im Jahre 1913 M. 66 267 1912 M. 40 083 mithin 1913 mehr... M. 26 184

Der Entwicklung der Gesamtbewegung, wie sie in den Ergebnissen der Tätigkeit der Konsumvereine des Zentralverbandes für das Jahr 1913 und in den Umsatzzahlen der Großhandels- und Einzelhandelskonsumvereine für das gleiche Jahr zum Ausdruck gelangt, entspricht die Entwicklung der Verlagsgesellschaft in erfreulich vollkommener Weise. Sie zeigt die Steigerung des Umsatzes von 1911 auf 1913 in etwas schnellerem Tempo vor sich als 1912 auf 1913, so ist die Erklärung dafür im Gange des gesamten Wirtschaftslebens gegeben. Der Aufschwung aller Geschäftszweige der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist aber noch so bedeutend, daß er wohl alle Beteiligten, das sind alle im Zentralverbande organisierten Konsumvereine, mit aufrichtiger Freude erfüllen darf. Es ist ein gewaltiges Stück Eigenproduktion, erzeugt durch den organisierten Konsum, das die Verlagsgesellschaft vertritt. Jeder Fortschritt, der hier zu verzeichnen ist, zeigt besonders eindringlich Notwendigkeit und Leistungsfähigkeit der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion.

Wie wirkt man für die Genossenschaft? Es soll nicht davon die Rede sein, wie man der Konsumgenossenschaft neue Mitglieder zuführt; es soll darüber gesprochen werden, was zu geschehen hat, wenn Mitglieder aus irgendeinem Grunde die Fahne der Genossenschaft verlassen wollen. Im allgemeinen sind die Austritte aus den Konsumvereinen nicht sehr zahlreich, aber es kommen doch hier und da Versäumnisse vor, auf die das Mitglied glaubt, nur durch Austritt aus der bisherigen Gemeinschaft antworten zu müssen. Der Austritt jedes noch tauglichen Mitglieds ist ein Verlust für den Konsumverein und erschwert ihm die wünschenswerten raschen Entfaltung und Ausdehnung. So viel Zeit und Mühe es in vielen Fällen erfordert, fernstehende der Genossenschaft zuzuführen, viel schwerer ist es doch, das verlorene Glied der Gemeinschaft wieder zur alten Tätigkeit zurückzuführen. Es wird darum die erste Sorge jedes Genossenschaftlers sein, der Absicht, aus der Genossenschaft auszutreten, mit all den Mitteln zu begegnen, die die bessere Hebergangung verleiht. Es wird in halb keinen Konsumverein mehr geben, der nicht außer seinen angeschlossenen Vereinen Mitgliederkommissionen gebildet hätte, die es als ihre Lebensaufgabe betrachten, durch freundliche aber eindringliche Rücksprache jene Mitglieder von ihrem Irrtum zu heilen, die da abzutreten werden wollen. Man kann überzeugt sein, daß kein Kapital so reichlich Zinsen trägt wie jenes, das hier angewendet wird, wo es sich um die erste Rücksprache mit den verarmten Mitgliedern handelt. Welchen Grund und Beweggrund ist man nicht schon begegnet, und wie wenig helfen sie noch, wenn man alle den kleinsten Beschwerden den Empfindlichkeiten, den Eifersüchteleien und all den anderen kleinen menschlichen Schwächen und Mangelheiten die schöne Sache der Konsumgenossenschaft gegenüberstellt. Und wie oft können die, die in einer plötzlichen Aufregung, in einem augenblicklichen schmerzhaften Gedankengang ihre Austrittserklärung abgegeben hatten,

förmlich darauf zu warten, mit einem Beauftragten der Organisation über ihre Angelegenheit zu reden, ihrem Herzen Luft zu machen. Und ein vernünftiges Für und Wider war in der Mehrzahl der Fälle mit dem Erfolge der Erhaltung des Mitgliedes gekrönt. Neben dem äußeren Erfolge tritt dann hier die Möglichkeit, erhobene Beschwerden zu prüfen und abzustellen. Des weiteren bedeutet jede möglich gemachte Zurücknahme einer erfolgten Austrittserklärung auch einen moralischen Erfolg insofern, als das wiedergewonnene Mitglied und auch andere sich der Wertschätzung ihrer Mitgliedschaft bewußt werden und nun gar um so treuere Anhänger der Genossenschaft und vielleicht auch überzeugte Agitatoren unter ihresgleichen werden. Man gehe also zu den Mühsamkeiten und Verstimmtungen; sie sind Menschen, mit menschlichen Schwächen behaftet. Das gültige Zureden des Genossen darf in vielen Fällen des Erfolges sicher sein.

Vom Ausland.

Der dritte Jahreskongress des Belgischen Malerverbandes findet zu Ostern, am 12. und 13. April, im Volkshause zu Brüssel statt. Außer dem Geschäftsbericht und der Beratung der neuen Statuten steht der Kampf für die Abschaffung des Bleiweißes mit zur Tagesordnung. Wir wünschen den Beratungen unseres Bruderverbandes besten Erfolg.

Oesterreich. Nach Brigen in Tirol, wo die Kollegen sich in Lohnbewegung befinden, ist Zugang fernzuhalten. Zugang von Malern und Anstreichern nach Agrar ist streng fernzuhalten, da die Lohnbewegung noch nicht beendet ist.

Der ungarländische Malerverband

hält an den beiden Osterreichern seinen zehnten Verbandstag ab. In der Entwicklung unseres Bruderverbandes ist dieser Verbandstag ein wichtiger Abschnitt, sind doch an diesem Tage zehn Jahre verstrichen, seitdem die Maler in Ungarn durch die Gründung eines Zentralverbandes in die Reihen klassenbewußter Arbeiter eingetreten sind. Anlässlich dieses bedeutungsvollen Ereignisses gibt der Vorstand einen zusammenfassenden Mitgliedschaftsbericht heraus, aus dem wir im nachstehenden nur einige der wichtigsten Punkte und Zahlen hervorheben.

Der Verband ging aus dem alten Budapest Lokalverein der Maler und Anstreicher im Jahre 1914 hervor. Der Lokalverein war vor 30 Jahren gegründet worden, über dessen Entwicklung und Tätigkeit der Bericht eingehend Aufschluß gibt.

Am Schlusse des Gründungsjahres zählte der neue Zentralverband 775 bezugsberechtigte Mitglieder. Die graphischen Tabellen, die dem Bericht beiliegen, zeigen die Zahl der Aufnahmen und der Bezugsberechtigten. Die größte Mitgliederzahl hatte der Verband im Jahre 1906 bei einem Stand von 8330. Ende des Jahres 1912 betrug sie 2238 und am 31. Dezember 1913 waren 2120 vollberechtigte Mitglieder vorhanden.

Die Zentralkasse hatte während der zehn Jahre eine Einnahme von 166 825,60 Kronen zu verzeichnen. Die Ausgaben beliefen sich auf 146 063,47 Kronen. Betrug demnach am Ende des vergangenen Jahres der Kassenbestand 10 162,13 Kronen, ohne das Vermögen der Ortsgruppen, so war bereits am Schlusse des ersten Quartals dieses Jahres der Vermögensbestand auf 34 153,98 Kronen angewachsen.

Dem Verband beigetreten waren während der zehn Jahre 28 885 Mitglieder; davon entfielen 12 782 auf Budapest und Umgebung und 10 123 auf die Provinz. Die Fluktuation der Mitglieder ist also, wie sich das auch anderwärts zeigt, eine überaus große, was hauptsächlich auf die Unsicherheit der Arbeits- und Existenzverhältnisse zurückzuführen ist.

Das Jahrbuch „Jesüt Szallapja“ erschien insgesamt in 247 300 Exemplaren, monatlich 3582.

Der Bericht bringt ferner die Zahlen über den Arbeitsnachweis, über die Tätigkeit der Zentrale und der einzelnen Ortsgruppen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Die freie Organisation hatte während der gleichen Zeitdauer eine Ausgabe von 128 369,25 Kronen zu verzeichnen, wovon der größte Prozentsatz auf die Unterhaltungen fällt. 349 Lohnbewegungen in 152 Orten fanden statt, die sich auf 4300 Betriebe mit 10 005 Arbeitern erstreckten. Die Kämpfe dauerten insgesamt 1462 Tage und verursachten den daran teilgenommenen Kollegen einen Verlust an Arbeitszeit von 147 243 Tagen und einen Lohnverlust von 397 453,59 Kronen. Diesen Verlusten gegenüber steht ein jährlicher Rohgewinn von 2 286 329,21 Kronen und eine Arbeitszeitverlängerung von 715 635 Stunden. Tarifverträge kamen in 80 Fällen zum Abschluß.

Der Bericht, der auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Zahl der Beschäftigten und Unternehmer usw. von 182 Orten in statistischen Tabellen behandelt, ist ein reichhaltiges Werk unseres Bruderverbandes, das zum ersten Male in großzügiger Weise einen interessanten und belehrenden Einblick gibt in die organisatorischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Maler- und Anstreichergehilfen Ungarns. Für die Agitation zur Ausschaltung der Konkurrenz bietet er reiches Material, so daß seine Verbreitung gewiß auch für die fernere Ausdehnung und Befestigung des Verbandes von besonderem Interesse ist.

Jeden wir unsern ungarischen Brüdern, stand zu jenem zehnten Verbandstage die besten Grüße senden, hoffen wir, daß seine Beschlüsse zum weiteren Nutzen und Gedulden beitragen werden.

Fachliteratur.

Die deutsche Malergewerkschaft „Die Masse“ beginnt heute ihren 21. Jahrgang. Das neue Jahrbuch, die sich an den besten Verhältnissen auf ihre heutige hohe Stufe emporgearbeitet hat, für das gesamte deutsche Malergewerbe geeignet, läßt sich nicht in wenigen Worten beschreiben; lediglich können wir aber, daß es für die praktisch tätigen Maler und Anstreicher von großem Nutzen und belehrendem Gehalt ist.

die ihrem gesamten technischen Inhalt nach jeder Konkurrenz die Spitze bieten kann. Der neue Jahrgang bringt wieder eine erfreuliche Erweiterung, indem jedem Heft statt wie bisher fünf von jetzt ab sechs Tafeln beigegeben werden. Unsere Kollegen können wir zu ihrer fachtechnischen Weiterbildung nur das Abonnement der Deutschen Malerzeitung „Die Masse“ empfehlen. Sie ist durch die Post und durch den Verlag von Georg D. W. Callwey in München zu beziehen. Der Abonnementpreis beträgt nur M. 8 vierteljährlich.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (früher E. h. 71).

In Liquidation.

Abrechnung für das Jahr 1913.

Table with financial data: Cinnahme. Barer Kassenbestand am 1. Januar 1913 in der Hauptkasse... M. 358,74. Bare Kassenbestände am 1. Januar 1913 in den örtlichen Verwaltungen... 10 894,80 M. 10 753,34. Jinsen von belegten Kapitalien... M. 7 581,90. Beitragsgelder... 36,--. Beiträge 1. Klasse... 163 740,50. Beiträge 2. Klasse... 219,00. Beiträge 3. Klasse... 8 621,80. Ertragssteuer à 20%... 8 621,80. Ertragsleistungen Dritter für gewöhnliche Krankenunterstützung... 1 221,52. Erhobene Kapitalien inklusive der Hypothek von M. 50 000... 181 000,--. Sonstige Einnahme... 1 140,33. Die Nettoeinnahme betrug... M. 177 511,66. Einnahme aus den Grundstücken... 7 100,88. Gesamteinnahme... M. 326 365,87.

Table with financial data: Ausgabe. Für ärztliche Behandlung... M. 24 550,52. Für Arznei und sonstige Heilmittel... 23 648,96. Krankengelder 1. Klasse... 165 129,76. Krankengelder 2. Klasse... 88,90. An die Angehörigen der Mitglieder nach § 8 Absatz 3 des Statuts... 2 285,75. Sterbegelder 1. Klasse... 5 880,--. Sterbegelder 2. Klasse... 5 880,--. Kur- und Verpflegungskosten in Krankenhäusern... 10 049,05. Zurückgezahlte Beiträge und Beitragsgelder... 41,50. Belegte Kapitalien inklusive Hypothek von M. 50 000... 56 501,--. Verwaltungskosten: a) persönliche... 17 314,91. b) sachliche... 4 262,46. Sonstige Ausgaben... 487,06. Nettoausgabe... M. 252 683,46.

Table with financial data: Bare Kassenbestände am 31. Dezember 1913 in den örtlichen Verwaltungen... M. 9 431,40. Barer Kassenbestand am 31. Dezember 1913 in der Hauptkasse... 3 177,14. Ausgaben für die Grundstücke... 4 572,87. Gesamtausgabe... M. 326 365,87.

Table with financial data: Abschluß. Die Nettoausgabe betrug... M. 252 683,46. Die Nettoeinnahme betrug... 177 511,66. Ergibt eine Mehrausgabe von... M. 75 171,81. Hieron der Gewinn aus den Grundstücken... 2 528,01. Ergibt eine Mehrausgabe von... 72 643,80.

Borstehende Abrechnung ist von uns revidiert und richtig befunden worden.

Hamburg, den 15. März 1914. Der Ausschuß. F. Siuderen, G. Blume, F. Barnde jun., B. Nieß, J. Ahrens.

Abrechnung der Grundstücke für 1913.

Table with financial data: Die Einnahmen aus Mieten usw... M. 7 100,88. Die Ausgaben für Zinsen, Steuern, Reparaturen usw... 4 572,87. Gewinn... M. 2 528,01.

Vermögensausweis am 1. Januar 1914.

Table with financial data: A. Barer Kassenbestand in der Hauptkasse... M. 3 177,14. Bare Kassenbestände in den örtlichen Verwaltungen... 9 431,40 M. 12 608,54. B. An Sparkassenscheine... M. 85 501,--. Hypotheken... 16 000,--. Eigenes Geld in den drei Grundstücken... 36 663,68. 138 164,68.

Ergibt an Gesamtvermögen... M. 150 773,22. Nach dem vorjährigen Abschluß am 31. Dezember 1912 betrug das Gesamtvermögen... 223 417,02. Ergibt an Gesamtvermögen weniger... M. 72 643,80.

Im ersten Quartal 1914 sind betriffs M. 55 000 von der Sparkasse erhoben und der gesamte Kassenbestand von M. 12 608,54 ist auch mit verbraucht, in Summa M. 67 608,54.

Hamburg, den 4. April 1914. F. Barnde, Hauptkassierer.

Fachtechnisches.

Votenschan. Vom Patentbureau O. Stueger & Co. ...

Angemeldete Patente: Nr. 75 c. R. 50016. ...

Erteilte Patente: Nr. 75 c. 272116. ...

Das Malergewerbe und die Buchgewerbeausstellung in Leipzig. ...

In der fachtechnischen Abteilung, die jeder ...

Weiter ist es für Maler wichtig, daß sich die Buchgewerbeausstellung in der Gruppe Schuh- und Wohlfahrtseinrichtung ...

Auch an der kaufmännischen Propaganda, die im Geschäftsleben die wichtigste Rolle spielt ...

Auch die Fachpresse, die ja doch von hervorragender Bedeutung für die fachliche Fortbildung ist ...

Literarisches.

„Fischstrahlen“. Monatliche Bildungsorgan für den Maler ...

Jeden Monat erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf.

Zur Lage der Maler. Verhandlungen der ersten Konferenz der Kunst-, Hand- und Druckgewerbetreibenden ...

Sterbetafel.

Gießen. Am 28. März starb im Krankenhaus unser Kollege Carl Schmidt aus Wiesfeld im Alter von 22 Jahren ...

Vereinstell.

Vericht der Hauptkassse vom 31. März bis 6. April. ...

Material wurde verbraucht (B = Beitragsmarken, K = Kautender, D = Duplikatmarken, E = Eintrittsmarken, F = Futterale):

Table with columns: Name, Buch-Nr., Bezahlt bis zur, Ort. Lists names like Viktor Pruschla, Ludw. Scypior, etc.

Die Woche vom 12. bis 18. April ist die 15. Bezugswoche.

Fritz Koch. Maler, geb. in ...

Malergehilfen für ...

Gründet zwei Malergehilfen ...

Malergehilfen ...

Jugend Maler- und Malergehilfen ...

Malergehilfen ...

Maler ...

In nachfolgenden Text ...

Selbstunterricht. Die ...

Malergehilfen ...

Maler ...

Maler ...

Maler ...

Maler ...

Sämtl. Farben u. Lacke, Schablonen ...

Advertisement for L. Spielmann featuring an illustration of a man in a suit and a woman in a dress. Text includes 'Ein köstlicher Gedanke' and 'Spezial-Versandhaus für Herrenkleider'.

Teilzahlung Uhren und Goldwaren, Photo-, optische Artikel, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Zithern usw.

Sämtl. Maler-Mittel in 1a Qualität zu billigen Preisen. ...

Schorns Reisehandbuch für wandernde Arbeiter ...

Maler-Mittel, vollständig in ...

Umsonst geben, das gibt nicht, aber Nr. 14 ...

Zentrale München. Zur ...

Der Maler-Kalender für 1914 ...

Delgemälde ...

Maler-Mäntel ...

M. NEUBERG BREVE Arbeiter-Berufskleidung für alle Gewerbe- u. Industriezweige.

Maler-Mäntel ...